



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

AUSLEGUNGSFRAGEN ZUM INVESTMENTSTEUERGESETZ IN DER FASSUNG DES AIFM-STEUER-ANPASSUNGSGESETZES

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hatte mit einem an diverse Verbände adressierten Schreiben vom 23.04.2014 in Form eines Fragen-Antworten-Katalogs (einige) offene Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Investmentsteuergesetz (InvStG) behandelt. Die dort getroffenen Ausführungen zu den Beteiligungsmöglichkeiten an Kapitalgesellschaften waren teilweise nicht widerspruchsfrei. Daraufhin hat das BMF mit Schreiben vom 04.06.2014 das vorgenannte BMF-Schreiben bereits wieder aufgehoben. Allerdings weicht das neue BMF-Schreiben lediglich in Tz. 2.5 und 2.6 (Erwerbbarkeit von Anteilen an Kapitalgesellschaften und Anwendungsbereich der 10%-Grenze) vom „alten“ BMF-Schreiben ab. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

ECOFIN: ÄNDERUNGSVORSCHLAG ZUR MUTTER-TOCHTER-RICHTLINIE

Am 20.06.2014 wird bei dem Treffen des EU-Rates für Wirtschaft und Finanzen (EcoFin) u. a. der Änderungsvorschlag zur Mutter-Tochter-Richtlinie auf der Agenda stehen. Ziel der Änderung ist, die doppelte Nichtbesteuerung von hybriden Finanzierungsinstrumenten zu beseitigen.

Hintergrund: <http://goo.gl/NA2Ho8>

EU-KOMMISSION: ANNAHME NEUER LEITLINIEN ÜBER VERRECHNUNGSPREISE

Am 04.06.2014 hat die EU-Kommission neue Leitlinien über Verrechnungspreise angenommen. Diese stellen das Ergebnis der zweijährigen Arbeit des Gemeinsamen Forums der EU zu Verrechnungspreisen (sog. EU Joint Transfer Pricing Forum) dar.

Hintergrund: <http://goo.gl/NMqWqM>

EU-KOMMISSION: PRÜFUNG SELEKTIVER STEUERVERGÜNSTIGUNGEN FÜR UNTERNEHMEN IN IRLAND, DEN NIEDERLANDEN UND LUXEMBURG

Die EU-Kommission prüft Verrechnungspreisvereinbarungen im Rahmen der Besteuerung von Apple (Irland), Starbucks (Niederlande) und Fiat Finance and Trade (Luxemburg) wegen des Verdachts auf staatliche Beihilfen.

Hintergrund: <http://goo.gl/UXyx17>

EDITORIAL

Liebe Leser,

die Europäische Kommission hat in drei Fällen eine Untersuchung wegen staatlicher Beihilfen eingeleitet. So soll überprüft werden, ob die Entscheide der Steuerbehörden in Irland, den Niederlanden und Luxemburg über die Verrechnungspreisvereinbarungen von Apple, Starbucks und Fiat Finance and Trade mit den EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen in Einklang stehen. Die Kommission fürchtet, dass der steuerbare Gewinn in den Entscheiden unterschätzt wird. Wenn die Steuerbelastung der Unternehmen deshalb sinke, würden die betreffenden Unternehmen begünstigt und es könne sich um staatliche Beihilfen handeln. Die Entscheidung hierzu wird richtungsweisend für den Umgang mit Verrechnungspreisen sein.

Richtungsweisend wird auch die noch in diesem Jahr zu erwartende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer sein. Das Bundesministerium der Finanzen hat dem Gericht kürzlich vom Statistischen Bundesamt ermittelte Daten zum Erwerb von Todes wegen und zu Schenkungen vorgelegt. Diese zeigen die Entwicklung der Erbschaften und Schenkungen auf. Dagegen sind die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission für Deutschland nicht sehr spektakulär. Sie betreffen ohnehin bereits laufende Diskussionen u. a. im Rahmen der Mehrwert- und Grundsteuer.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 6

→ OUTGOING 7

vom 09.06. bis 13.06.2014

1. Beratung des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

u.a.

→ BFH-ENTSCHEIDUNGEN ... 8 – 10

vom 11.06.2014

→ BMF-SCHREIBEN 11

vom 06.06. bis 12.06.2014

→ STATUS 12 – 19

zum 13.06.2014

Gesetz zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes

Gesetz zu dem Abkommen vom 09.09.2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und zum Finanzplan 2014 bis 2018 sowie zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 20

vom 14.06. bis 20.06.2014

Bundestag: keine Sitzung, nächste Sitzungswoche 23.06. – 27.06.2014

Bundesrat: keine Sitzung, nächste Sitzung: 11.07.2014

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

DISKUSSION UM ERBSCHAFTSTEUER

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte im Februar 2014 das Bundesministerium der Finanzen (BMF) aufgefordert, verschiedene Fragen zu statistischen Werten der Erbschafts- und Schenkungsbesteuerung zu beantworten. Hierzu hat das BMF verschiedene Daten unter Rückgriff auf die amtliche Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik aufbereitet und dem BVerfG zur Verfügung gestellt. Hintergrund ist ein Beschluss des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 27.09.2012 (II R 9/11), in dem dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorgelegt wurde, ob § 19 Abs. 1 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes i. V. m. §§ 13a und 13b ErbStG wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) verfassungswidrig ist (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2012.42). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

EU-KOMMISSION: LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN FÜR DEUTSCHLAND

Die EU-Kommission hat in der vergangenen Woche, am 02.06.2014, ihre länder-spezifischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten der EU veröffentlicht. Die Empfehlungen stützen sich auf eingehende Analysen zur Situation des jeweiligen Landes und sollen die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Der Fokus der Empfehlungen lag in diesem Jahr bei verbesserten Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH: UMSATZSCHLÜSSEL DOCH EIN GEEIGNETER MASSSTAB ZUR AUFTEILUNG VON VORSTEUERBETRÄGEN HINSICHTLICH GEMISCHT GENUTZTER GEBÄUDE

Diesen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 6](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution _____

Ansprechpartner _____

Funktion _____

Telefonnummer _____

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll) _____

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphäre.eu
www.polisphäre.eu